

Yvonne Ploetz

- (A) im Monat mehr verdienen müssen. Da stellt sich nur die Frage, wie das heute in einem starren System von Bachelor und Master möglich sein soll.

Gerade einmal 17 Prozent aller Studierenden erhalten BAföG. Die durchschnittliche Förderhöhe liegt bei 398 Euro. Mehr als das Doppelte wird benötigt. Das zeigt nicht zuletzt die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Vor diesem gesamten Hintergrund ist die von Ihnen angestrebte Minierhöhung um 2 Prozent nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ganz kurz zur **HIS-Studie**. Über die Fakten kann man nicht einfach hinweggehen, nur weil es mehrere Items in dieser Befragung gab. 77 Prozent der Studienberechtigten ohne Studienabsicht gaben das Fehlen finanzieller Voraussetzungen als Grund für ihren Studienverzicht an. 73 Prozent wollen sich nicht verschulden. Solche Zahlen lassen doch hellhörig werden, nicht zuletzt angesichts des aufziehenden Akademikermangels. Für die Bundesregierung gilt das offensichtlich nicht!

Frau Schavan, Sie müssen gerade jetzt, in der Zeit eines sozial unausgewogenen Sparpakets, das Vertrauen der Schüler und Schülerinnen und der Studierenden in die Ausbildungsförderung stärken und positive Signale senden. Zeigen Sie, dass Sie soziale Hürden zum Bildungszugang ernsthaft beseitigen wollen!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [Lausitz] [FDP]: Genau das machen wir!)

Des Weiteren müssen Sie bei der Finanzierung einen Kompromiss mit den Bundesländern finden. Sie gehen derzeit bewusst das Risiko ein, dass die Länder Ihnen die Zustimmung zum Gesetz verweigern, nur weil Sie deren Finanznöte einfach nicht ernst nehmen wollen. Dabei senkt diese Regierung die Einnahmen der Länder und fordert mehr Ausgaben für Bildung, und gleichzeitig sollen die Länder – siehe Schuldenbremse – auch noch ausgewogene Haushalte abliefern.

Insgesamt weist Ihr Gesetzentwurf in die richtige Richtung. Sie haben anscheinend den Handlungsbedarf erkannt. Leider bleiben Sie aber hinter dem Notwendigen zurück:

Erstens. Es ist ein Holzweg, auf dem sich die schwarz-gelbe Regierung befindet, mit **Elitestipendien** für wenige die eigene Klientel zu beglücken, anstatt Bildungsaufstieg für viele zu organisieren.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Neumann [Lausitz] [FDP]: Das ist doch falsch!)

Ziehen Sie Ihr Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendiensystems zurück! Nutzen Sie die frei werdenden Haushaltsmittel, um die Bedarfssätze und Freibeträge um 10 Prozent anzuheben, und passen Sie das BAföG jährlich an die Preisentwicklung an!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Swen Schulz [Spandau] [SPD])

Zweitens. Mittelfristig soll eine elternunabhängige (C) Förderung dafür sorgen, dass wirklich niemand in seinem Bildungsweg von Dritten abhängig ist.

Drittens. Erarbeiten Sie einen Vorschlag, wie die Ausbildungsförderung wieder auf ein **Vollzuschussystem** umgestellt werden kann, wie es 1971 ursprünglich konzipiert war. Nur so ist dafür gesorgt, dass junge Menschen nicht mit einem Schuldenberg ins Berufsleben starten müssen. Nur so ist dafür gesorgt, dass ihre gesellschaftlich notwendige und wertvolle Leistung entsprechend gewürdigt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. Verzichten Sie auf Höchstaltersgrenzen, damit das BAföG bolognatauglich und dem festgeschriebenen Ziel des lebenslangen Lernens Rechnung getragen wird.

Fünftens. Gewährleisten Sie, dass das Studium wieder in allen Bundesländern gebührenfrei wird; denn Studiengebühren sind und bleiben Bildungskiller.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie die Forderung der Linken für ein schlagkräftiges BAföG auf. So bieten Sie Anreize zur Studienaufnahme und verbessern die Lebensbedingungen der Empfängerinnen und Empfänger entscheidend.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

(D)

Liebe Frau Ploetz, zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag gratuliere ich Ihnen herzlich im Namen des ganzen Hauses,

(Beifall)

verbunden mit allen guten Wünschen für die weitere parlamentarische Arbeit.

Das Wort hat nun die Kollegin Monika Grütters für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Monika Grütters** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können mit Genugtuung feststellen, dass das Thema Bildung nicht nur das Parlament, sondern auch die Republik bewegt. Wenn es dabei auch um Geldfragen geht, wird es noch spannender. Wir kommen in dieser Woche – das sage ich auch für unsere Gäste auf der Tribüne – auf drei große Bildungsdebatten an zwei Plenartagen. Ich finde das ziemlich beachtlich und auch gut; denn es geht uns vor allen Dingen um die Verbesserung der Situation der Studierenden. Das sollte man erst einmal beklatschen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich finde es verwunderlich, dass die Opposition, die selbst nichts tut, geradezu reflexartig reagiert und sagt: Was ihr tut, ist zu wenig. – Ein weiterer Punkt ist: Wenn

- (A) wir den Hochschulen mit Ideen wie BAföG-Erhöhung, nationales Stipendienprogramm und Förderung der Lehre in einer dritten Säule kommen, weichen diese erst einmal zurück und sagen: Hilfe, damit haben wir am Ende noch mehr Arbeit. Jetzt sollen wir leistungsstarke Studierende identifizieren und mehr Geld einwerben. Das alles können wir nicht leisten.

Ich gebe zu, dass an dem nationalen Stipendienprogramm einige Punkte verbesserungsbedürftig sind, zum Beispiel der Punkt **Mobilitätshemmnisse**.

(Beifall des Abg. Swen Schulz [Spandau] [SPD])

Das habe ich nie bestritten. In dieser Hinsicht muss man nacharbeiten.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Warum nicht jetzt?)

Aber all die kleinliche Kritik reicht doch wohl nicht aus, um das Geld für die Studierenden gleich wieder abzuschießen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: BAföG umschichten!)

Hier in Deutschland ist die Stipendienkultur, weil das Studium für den Einzelnen wesentlich günstiger ist als sonst wo auf der Welt, noch verdammt unterentwickelt. Gerade einmal 1 Prozent der Studierenden bekommt Geld von den Begabtenförderungswerken, die vom BMBF finanziert werden.

- (B) (Klaus Hagemann [SPD]: Mehr!)

Ein weiteres Prozent bekommt Stipendien aus privater Hand. Wir zumindest wollen – ich weiß nicht, wie Sie darüber denken; nach Ihrem heutigen Verhalten zu urteilen, muss ich in Zweifel ziehen, das auch Sie das wollen – mittelfristig auf 10 Prozent Stipendiaten kommen. Auch dafür ist dieses Programm geeignet. Ministerin Schavan hat in der letzten Legislaturperiode die Zuschüsse des BMBF an die zwölf Begabtenförderungswerke von 80 Millionen Euro auf 132 Millionen Euro erhöht. Wir hatten damals 13 000, jetzt haben wir 21 000 Geförderte. Ebenso wichtig ist, finde ich, dass der Anteil privater Finanzierung für die Hochschulen erhöht wird. Deutschland liegt im OECD-Durchschnitt – da sind es 27 Prozent – mit 15 Prozent weit zurück. Das meiste Geld davon geht in die Forschung. Wir müssen also etwas tun, damit sich die Wirtschaft mehr für die Studierenden und die Unis interessiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch in dieser Hinsicht wäre ich mit Kritik an Ihrer Stelle, Frau Gohlke, sehr vorsichtig; denn Sie verlieren mit Ihrer Detailkritik den Zusammenhang aus den Augen.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das war eine Fundamentalkritik!)

Was die Angst der Hochschulen angeht, sie könnten die Auswahlarbeit nicht leisten, kann ich nur sagen: So viel Betreuungsaufwand kann ein Student verdammt

noch mal von seinen Professoren erwarten. Sie müssen (C) als Erste wissen, wer von den Studierenden leistungsstark ist und wer weniger leistungsstark ist. Das wäre ein Weg, um der viel beklagten Anonymität an den Hochschulen entgegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dass es für die Unis nicht einfach ist, zusätzliches Geld einzuwerben, und dass das mit Mehraufwand verbunden ist, verstehe ich. Andererseits ist auch die **Fundraising-Kultur** hier unterentwickelt. Wo, wenn nicht bei solch einem kleinen, überschaubaren, sehr konkreten Programm sollen wir anfangen, solche Defizite aufzuarbeiten?

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Programm ist überdimensioniert! 160 Millionen Euro Steuermittel, und da sprechen Sie von „klein“! – Weiterer Zuruf der Abg. Marianne Schieder [Schwandorf] [SPD])

Es ist noch viel zu tun an den Unis, auch in diesem Punkt, Frau Schieder. Ich finde, das sollten wir alle gemeinsam anpacken.

Last, but not least: Aus meiner Sicht ist die schlimmste Kritik an diesem Programm die von einigen geäußerte Klage, es gehe in erster Linie um Leistungsstipendien. Auch der Mut zur Betonung der Leistung, und zwar unabhängig vom Elterneinkommen, ist in Deutschland verdammt unterentwickelt,

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Dann müssen Sie sich mal darauf einigen!)

(D)

genauso unterentwickelt wie die Stipendienkultur und das professionelle Fundraising. Übrigens, keiner von uns bestreitet den Zusammenhang zwischen Bildung und Herkunft. Natürlich muss man im frühkindlichen Alter ansetzen. Man darf aber nicht 22-Jährige dafür bestrafen, dass sie aus einem bildungsnahen Elternhaus kommen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie messen Sie denn Leistung?)

Herr Gehring, Sie haben eben von Ungerechtigkeit gesprochen. Ungerecht ist es, wenn sich ein begabter Student dafür entschuldigen muss, dass seine Mutter Apothekerin oder Lehrerin ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das ist eine Frechheit! – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist peinlich, was Sie da vortragen! Oberpeinlich!)

Eine echte Benachteiligung wäre es, Herr Gehring, wenn dieser Student nur wegen des Berufes seiner Mutter für seine Leistung nicht belohnt würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das können wir uns hier jedenfalls nicht leisten.

Ich finde es entzückend, dass inzwischen auch die Grünen der **Hochschulautonomie** das Wort reden; daran

**Monika Grütters**

- (A) haben wir lange gearbeitet. Schauen Sie einmal zur Uni Duisburg: Sie hat sich – ganz autonom – dafür entschieden, Leistungsstipendien an leistungsstarke Studierende mit Migrationshintergrund zu vergeben. Genau in diesem Punkt ist genug Spielraum für autonomes Handeln.

Ein allerletztes Wort. Wir haben zwar kein Oxford, kein Princeton, kein Cambridge, keine ENA, kein MIT und kein Harvard. So etwas einzurichten, trauen wir uns nicht. Aber ein klitzekleines, ein bescheidenes Stipendienprogramm für besonders leistungsstarke Studierende, die sich weder in der einen noch in der anderen Hinsicht für ihr Elternhaus entschuldigen müssen,

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Jetzt wird es demagogisch!)

das müssen wir uns leisten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das ist wirklich unterirdisch!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun hat der Kollege Dr. Ernst Dieter Rossmann das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Iris Gleicke [SPD]: Jetzt kommt wieder Qualität in die Debatte!)

- (B) **Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an den ersten Beitrag der heutigen Debatte anknüpfen, also an den der Ministerin. Frau Ministerin, mir ist aufgefallen: Als Sie über das BAföG sprachen, waren Sie sehr konkret, und als es um das Stipendium ging, waren Sie wie so oft „Schavan-wolkig“.

Wir erkennen positiv an, dass sich auch bei Ihnen offensichtlich die Vorstellung herausgebildet hat, dass das BAföG das Fundament der Studienförderung ist. Tatsächlich wissen wir alle, was sich in der sogenannten bürgerlich-rechtsliberalen Koalition hier abgespielt hat.

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Christlich-liberale Koalition! – Gegenruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Neoliberaler Koalition!)

Denn auch in dieser Debatte merkt man, dass die FDP die eigentlichen Initiatoren des nationalen Stipendienprogramms sind. Nur befinden Sie sich, Frau Ministerin Schavan, nun in dem Dilemma, sich als Ministerin auch damit identifizieren zu müssen, demnächst hier 160 000 Stipendien vorzeigen zu können. Außerdem müssen Sie sich als Ministerin daran messen lassen, ob tatsächlich das alles eintritt, was Sie hier immer wieder insinuierten, nämlich dass die Schaffung des nationalen Stipendienprogramms zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr sozialer Zugänglichkeit führen werde. Und da wird es schwierig. Man merkt im Übrigen auch, dass Sie sich bei der Argumentation sehr verrenken müssen, um die Ba-

lance zu halten. Teilweise müssen Sie sogar einen Perspektivwechsel vornehmen, der dem eigentlichen Problem nicht gerecht wird.

Der Kollege Kaufmann von der CDU hat gesagt, auch wenn das Haushaltseinkommen der Eltern bei circa 7 200 Euro brutto liege, sei man BAföG-berechtigt. Herr Kollege, Sie wissen, dass man dann Anspruch auf 1 Euro BAföG hat. Wenn es aber darum geht, BAföG in Höhe von maximal 670 Euro zu erhalten, dann ist der Richtwert 2 500 Euro brutto. Das ist es, worum es eigentlich geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In diese Debatte die Zahl 7 200 Euro einzuführen, ist nicht in Ordnung.

Damit fallen Sie hinter das zurück, was Sie eigentlich begriffen haben sollten: Wir wollen, dass mehr Menschen eine auskömmliche und motivierende Förderung erhalten. Auch über die Erhöhung der Freibeträge sollen die unteren Mittelschichten – deren Angehörige sollten eigentlich auch Ihnen am Herzen liegen; Sie isolieren sie; Sie lassen sie allein – ebenfalls gefördert werden. Frau Ministerin, da hilft es nichts, zu sagen, über das geplante nationale Stipendienprogramm würden diejenigen zu einem Studium motiviert, die sich davon jetzt noch fernhielten. Sie werden darüber natürlich nicht motiviert, weil sie vor der Studienentscheidung bzw. am Anfang des Studiums gar nicht wissen, ob sie überhaupt in die Stipendienlotterie hineinkommen oder nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) (D)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege.

**Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):**

Das motiviert doch nicht. Aber zu wissen, dass man, wenn das Familieneinkommen 3 000 Euro brutto pro Monat beträgt, den klaren, vorher ablesbaren Rechtsanspruch hat, sozial, finanziell und materiell unterstützt zu werden, bewirkt zusätzliche Studienbereitschaft, Studiensicherheit und Studienperspektive. Die Argumente derart zu verdrehen, ist nicht in Ordnung!

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Rossmann, darf ich den vorsichtigen Versuch unternehmen, Sie leise zu fragen, ob Sie sich vorstellen könnten, eine Zwischenfrage des Kollegen Rupperecht zu beantworten?

**Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):**

Herr Präsident, manchmal bin ich in Fahrt; aber es ist immer gut, einen Tempowechsel zu machen. Herzlich gern.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Sehr gut.